

Interpellation Zahner-Uznach (18 Mitunterzeichnende):
«Verkehrsberuhigende Massnahmen wegen der A 53, ein Flop für die Wirtschaft

Bei der Projektauflage zur Baubewilligung für die T8/A8 neue Bezeichnung A53 wurde von den Grünen und Umweltschutzverbänden rigorose Einsprachen erhoben, die den Bau verunmöglichten. Durch eine Volksabstimmung die positiv ausfiel für den Bau, mussten die Einsprecher ihre Argumente neu auf den Tisch legen, was sie auch taten.

Die Grünen sowie weitere Umweltschutzverbände machten sich stark für eine neue Linienführung der Brücke in Neuhaus und einen Wildübergang sowie verkehrsberuhigende Massnahmen in den zu entlastenden Ortschaften Schmerikon, Uznach, Neuhaus und Eschenbach. Die Regierung musste mit diesen Parteien verhandeln um die Einsprachen aus dem Weg zu schaffen. Es wurden Projekt-Vorschläge eingeholt bei verschiedenen Verfassern. Die Projekte wurden von einer Juri bewertet und das auserwählte Projekt der Regierung als Empfehlung vorgeschlagen. Wie die verkehrsberuhigenden Massnahmen auch für den Schwerverkehr angepasst werden, wurde zu jenem Zeitpunkt dem Volk nicht kommuniziert. Es war nicht klar sichtbar wie sich diese Einschränkungen auf den Schwer- und ÖV-Verkehr auswirken. Die Regierung musste sich zu jenem Zeitpunkt bei Informations-Veranstaltungen an genaue rechtskonforme Formulierungen halten um den Einsprechern nicht neue Argumente zu liefern. Am 1. Oktober 2003 konnte die Umfahrungsstrasse A53 eröffnet werden. Nun, drei Jahre nach der Verkehrsentslastung durch diese Ortschaften werden die beruhigenden Massnahmen umgesetzt. Da die Regierung freie Hand hat, welche Strassenbreite und Kreiselgestaltung sie wählen kann, macht sie von diesem Recht auch Gebrauch. Vorgaben aus den VSS-Normen (Vereinigung schweizerischer Strassenbauer) werden nicht berücksichtigt. Es werden Projekte umgesetzt, welche den Schwer- und ÖV-Verkehr benachteiligen. Die Verkehrssicherheit und Wirtschaftlichkeit dieser Fahrzeugkategorien wird ignoriert, obwohl sie die Strassenlasten vollumfänglich deckt. Die Regierung kommuniziert viel und investiert auch Steuergelder in fördernde Wirtschafts-Projekte, was sie aber mit den beruhigenden Massnahmen umsetzt ist Wirtschafts-Behinderung.

Wir bitten die Regierung folgende Fragen zu beantworten:

1. Warum entscheidet sich die Regierung zu Beruhigungsmassnahmen, die den Schwerverkehr in der Verkehrssicherheit und Durchfahrt sehr benachteiligen?
2. Warum werden die Strassen ungerechtfertigt nicht verhältnismässig verschmälert nur zu Gunsten des Langsamverkehrs?
3. Warum werden Strassen vor Ortseinfahrten vorsorglich so verschmälert, dass eine tiefere Geschwindigkeitsbeschränkung als 50 km/h durchgesetzt werden kann?
4. Warum werden Zufahrten zu Gewerbebetrieben durch Verkehrsinseln so verbaut, dass die Zu- oder Wegfahrt beeinträchtigt wird?
5. Warum will die Regierung die VSS-Normen bei Strassen- und Kreiselnbauten auf Durchgangsstrassen nicht anwenden?»

24. September 2007

Zahner-Uznach

Alder-St.Gallen, Brändle-Bütschwil, Brunner-Egg (Flawil), Bühler-Schmerikon, Eilinger-Waldkirch, Güntensperger-Dreien, Habegger-Neu St.Johann, Hasler-St.Gallen, Hug-Muolen, Meier-

Ernetswil, Meile-Bronschhofen, Reimann-Wil, Richle-St.Gallen, Rüegg-Rüeterswil, Rutz-Nesslau, Steiner-Kaltbrunn, Stump-Engelburg, Thalmann-Kirchberg